

Einrichtung einer wirkungsvollen und sozial ausgeglichenen Umweltzone in Bremen

Kurz vor der Entscheidung über die Einführung einer Umweltzone in Bremen, wird insbesondere seitens der Wirtschaft, gegen die Umweltzone Furore gemacht. Die Lobbyisten in Bremen haben es offenbar geschafft, die Rot/Grüne Koalitionsregierung so stark zu beeinflussen, dass die von ihnen geplante Umweltzone wirkungslos bleibt.

Daher fordern wir eine wirkungsvolle Umweltzone, die ein integriertes Konzept zur Vermeidung von motorisiertem Individualverkehr mit der Optimierung des ÖPNV verbindet und soziale Benachteiligungen ausgleicht.

Die gesundheitlichen Risiken von Feinstaub und Stickoxiden für Menschen sind bekannt. Ebenso die dadurch verkürzten Lebenserwartungen.

Der Zweck einer Umweltzone ist daher die Verbesserung der Atemluft und damit der menschlichen Gesundheit, das gerät in der öffentlichen Diskussion völlig in den Hintergrund. Was für Trinkwasser selbstverständlich ist, ist bei unserer Atemluft noch längst nicht in alle Köpfe vorgedrungen! Kritiker der Umweltzone ignorieren schlichtweg, dass in Bremen seit sechs Jahren gesetzlich vorgeschriebene Grenzwerte überschritten werden und haben auch keine vergleichbar wirksame Alternativmaßnahme zu bieten.

Die Bremer Luft muss jede/r einatmen ob er/sie will oder nicht.

Eine große Umweltzone bietet perspektivisch die höchsten Entlastungseffekte, auch auf die städtische Hintergrundbelastung. Daher müssen alle Belastungsschwerpunkte in die Zone integriert werden. Es besteht mehr „Gleichbehandlung“ von Betroffenen als in einer kleinen Umweltzone. Eine kleine Umweltzone birgt die Gefahr eines erhöhten Autoverkehrs der Umfahrungsstraßen und verlagert damit die Schadstoffbelastungen.

Eine Umweltzone gilt im Rahmen von Luftreinhalteplänen als wirkungsvollste Maßnahme gegen verkehrsbedingte Luftbelastungen (10-15% Minderung je nach Auslegung sind möglich, weil alte Dieselfahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß nicht mehr in die bisher belasteten Gebiete fahren dürfen).

Sie bringt kurzfristig Reduktionen der Schadstoffe in hoch belasteten Bereichen und trifft die Verursacher. Durch sie entsteht zusätzlich Druck zur Modernisierung der Fahrzeugflotte und setzt wichtige Signale für die Veränderung des Mobilitätsverhaltens in Richtung Umweltverbund.

Um die Akzeptanz zu fördern, muss es zeitgleich mit Einführung der Umweltzone ein Sozialticket für einkommensarme Menschen geben (nicht nur für AIGII Empfängerinnen, sondern auch für Menschen im Niedrig-Lohn-Sektor beschäftigte mit einem Einkommen bis zur Pfändungsgrenze).

Für KMU sollte zur Vermeidung von wirtschaftlichen Härten die Möglichkeit von Allgemeinverfügungen für Ausnahmegenehmigungen möglich sein. Das wird auch die Bedenken gegen die Umweltzone mildern und langfristig auch die Umstellung auf Schadstoffarme Nutzfahrzeuge fördern.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Eine Umweltzone einzurichten, die die Stadtmitte, östliche Vorstadt, Neustadt sowie innenstadtnahe Teile von Findorff und Peterswerder mit einbezieht.
2. Keine Straßenzüge aus der Umweltzone herauszunehmen um damit Transit-Trassen zu vermeiden.
3. Zeitgleich mit der Einführung der Umweltzone ein Sozialticket einzuführen, nicht nur für AIGII Empfängerinnen, sondern auch für Menschen im Niedrig- Lohn- Sektor mit einem Einkommen bis zur Pfändungsgrenze.
4. Den Ausbau des ÖPNV's an die erhöhten Anforderungen anzupassen, die mit der Einrichtung einer Umweltzone entstehen. Z.B. die Taktzeiten erhöhen, vermehrt Busse einsetzen die eine grüne Umweltplakette besitzen und gegebenenfalls mehr Straßenbahnen/Busse einsetzen, da mehr Personen den ÖPNV nutzen werden.
5. Park und Ride Systeme in den Außenbezirken von Bremen einrichten, die den innerstädtischen Verkehr reduzieren helfen.
6. Fahrradstationen zum kostenlosen Fahrradausleih in der Innenstadt einrichten, wie es in anderen Großstädten und sogar in Kleinstädten des Bremer Speckgürtels schon existiert.
7. Zur Vermeidung von sozialen und wirtschaftlichen Härten bei KMU die Möglichkeit von Allgemeinverfügungen für Ausnahmegenehmigungen erteilen.
8. Die Verkehrsplanung daraufhin zu überprüfen, ob verkehrsberuhigte Zonen, Reduzierung von Geschwindigkeiten und Optimierung von Ampelschaltungen, zur Reduzierung des Autoverkehrs beitragen.

Begründung:

Was ist uns die Gesundheit der Bremer Bürgerinnen wert?

Denn genau darum geht es, um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung in den Innenstädten. Dafür werden in den Städten der Bundesrepublik zahlreiche Umweltzonen eingerichtet.

Dadurch sollen die Feinstaub- und die Stickoxidbelastungen der Luft gesenkt werden.

Die gesundheitlichen Risiken von Feinstaub und Stickoxiden für Menschen sind erheblich. Feinstaub verkürzt die Lebenserwartung durchschnittlich um 10,2 Monate und ist heute das schwerwiegendste Problem der Luftreinhaltung.

In Europa gibt es 300 000 (ermittelt von der WHO) vorzeitige Todesfälle durch Feinstaub, davon 70 000 in Deutschland. Für Bremen ist jährlich mit bis zu 180 vorzeitigen Todesfällen durch verkehrsbedingten Feinstaub zu rechnen (durch Verkehrsunfälle ca. 20 Tote/Jahr in Bremen).

Stickstoffdioxid hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Lungenfunktion und führt zu Atemwegs- und Herz-/Kreislaufkrankungen, wie z.B. ein erhöhtes Risiko für einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall, Krebs, Asthma und Allergien.

Andererseits sind gerade Städte und dort viel befahrene Straßen von hohen Feinstaubbelastungen durch Straßenverkehr betroffen. Da hier viele Menschen wohnen, muss die Feinstaubbelastung durch den Straßenverkehr vor allem in den Innenstädten so weit wie möglich reduziert werden. Bei diesen handelt es sich zudem überwiegend um finanziell ärmere Haushalte, die an den Hauptverkehrsstraßen wohnen. Sie

verursachen laut einer Studie der Universität Duisburg von 1997 – Strategische Konsumententscheidungen: Langfristige Weichenstellungen für das Umwelthandeln - am wenigsten Umweltschäden, sind aber am meisten davon betroffen. (Wohnen an verkehrsreichen Straßen, in Flughafennähe, an Bundesbahn- oder Straßenbahnhaltestellen und sind bei Krankheiten meist auch Kassenpatienten und werden dem entsprechend behandelt)

Sind uns Autos wichtiger als der Gesundheitsschutz der Menschen in Bremen?

Denn in Bremen wären bei Einrichtung einer Umweltzone nur ca. 4-5% aller PKW betroffen! Zudem gibt es einen sehr differenzierten Ausnahmekatalog und Förderprogramme zur Umrüstung von PKW's und Lieferfahrzeuge sowie Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge, die nicht umgerüstet werden können.

Dem Tourismus schadet es sicherlich auch, wenn Bremen sich dem Schutz der Atemluft verweigert und als „dreckige Stadt“ bekannt wird.

Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/einrichtung-einer-wirkungsvollen-und-sozial-ausgeglichenen-umweltzor>